

## Langsam aber stetig sickert die Wahrheit durch: PPP – Bildungszentrum Ostend teurer als Bau durch die Stadt

**Ein Bericht von der attac-Veranstaltung mit Werner Rügemer am 19. 6. 06 im Club Voltaire**

Mit PPP sollen – so ist die öffentliche Propaganda – die öffentlichen Mittel geschont werden. Werner Rügemer hat sich seit 15 Jahren mit dieser Art von Privatisierungen befasst. Anlass war damals in Köln der überdimensionierte Müllofen von RWE. Durch den mit privaten Betreibern geschlossenen Entsorgungsvertrag, der übrigens bis 2025 geht, seien die Preise explodiert. Es wurde ein Mülltourismus entfacht, der bis Italien geht und den letztlich der Verbraucher bezahlen muss.

In Wirklichkeit sei PPP eine wirksame Methode zur Steigerung der öffentlichen Verschuldung.

Kaum jemand frage, was bei den Projekten herauskomme. Das gehöre zum Politikstil. In seinem Buch „Privatisierung in Deutschland – Eine Bilanz“ ziehe er eine Bilanz.

PPP sei durch ein Gutachten der rot-grünen Bundesregierung 2002 anlässlich von Toll-Collect geprägt worden. Beteiligt waren die großen multinationalen Unternehmen der Branche, Pricewaterhouse, Coopers, Freshfield.

Die Leistungen aus PPP-Projekten werden eher schlechter als wenn sie staatlich erbracht werden, aber dafür teurer.

Zum Beispiel Telefonieren: Dieses sei zwar auf den ersten Blick billiger geworden. Was in der Öffentlichkeit nicht thematisiert werde: dass der Bund alle Pensionsverpflichtungen des Unternehmens bis

2070 in den Bundeshaushalt übernommen habe, was immerhin die stolze Summe von 500 Mrd. Euro ausmache. Im laufenden Jahr werden die Steuerzahler so mit 8 Mrd. Euro belastet.

### Aushöhlung der Demokratie

Die Privatisierungspraktiken bleiben geheim. Bei Toll-Collect haben die Bundestagsabgeordneten bisher keinen Einblick in den Vertrag bekommen. Stattdessen wurde die Anwaltskanzlei Freshfield



für 20.000 Euro beauftragt, eine 180-seitige Kurzfassung für einen Ausschuss des Bundestages zu verfassen, die am Ende der Sitzung wieder eingesammelt wurde. In Bezug auf den lange in der Öffentlichkeit diskutierten Schadensersatz, weil dem Bund über lange Zeit die zugesicherten Einnahmen fehlten, musste das Bundesverkehrsministerium erst einmal eine Beraterfirma einschalten, weil es den Vertrag mit Toll-Collect nicht verstand. Das Verfahren über den

Schadensersatz schwebt immer noch. Soviel zur Aushöhlung der Demokratie.

Rügemer schilderte weitere strukturverändernde Privatisierungsprojekte wie die Schaffung des Privatfernsehens in Deutschland durch Bertelsmann, die im Gang befindliche Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände. An Beispielen wurde gezeigt, dass selbst gescheiterte Projekt gnadenlos durchgezogen werden und lieber Subventionen gezahlt werden als ein Konkursverfahren eingeleitet wird.

### Das PPP-Projekt Bildungszentrum Ostend Frankfurt

Dieses sei jetzt eineinhalb Jahre in Betrieb. Dennoch habe bisher kein Stadtverordneter das Vertragswerk gesehen. Trotzdem behauptet der Magistrat, dass dieses PPP-Projekt 25 % billiger gewesen sei, als wenn die Stadt es selbst gebaut hätte. Tatsächlich habe die Kämmerei keine Wirtschaftlichkeitsberechnung gemacht, sondern nur eine Vergleichsrechnung in Bezug auf bisherige und zukünftige Mieten. Insbesondere sei nicht der wesentlich günstigere Kommunalkredit berücksichtigt worden. Dann sei beim Ausschreibungsverfahren auf eine zweite Ausschreibung in Bezug auf den Betreiber verzichtet worden und nur eine Ausschreibung in Bezug auf den Bau durchgeführt worden. Grunderwerbsteuer, Honorare für private Ingenieur- und Rechtsanwaltsbüros in Millionenhöhe seien zwar in die Miete, nicht aber in eine Vergleichsrechnung eingeflossen.

20 Jahre werde nicht nur Miete bezahlt, sondern auch eine „Betriebspauschale“. Auch dies sei der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt wor-

den. Nach 20 Jahren sei der Investor jede Verantwortung für den Zustand der Gebäude los.

Das städtische Revisionsamt kam inzwischen zu einem entgegen gesetzten Ergebnis: Das Bildungszentrum Ostend ist teurer als wenn die Stadt es selbst gebaut hätte.

Von einem Teilnehmer der Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, dass eine „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ sich extrem negativ für die Stadt und entsprechend positiv für den Betreiber auswirken würde, wenn sie erfolgt sei. Hierbei handelt es sich um den Verzicht der Stadt auf ihr zustehende Mietminderungen wegen mangelhafter Leistungen des Vermieters. Diesen verlangen die Banken als Sicherheit, denn tatsächlich zahlt die Stadt nicht an den Betreiber, sondern an die Banken, denen der Betreiber die Mietansprüche abgetreten hat.

### Von wegen Pädagogik und Ökologie...

Auch ein Jahr nach der Inbetriebnahme sei die Liste der ungelösten Probleme lang:

Aus dem „Gebäude der Begegnung“ sei nichts geworden: die geplanten Sitzecken in den Foyers und die geplanten Arbeitsnischen in den Fluren wurden nicht erlaubt, weil die Foyers „brandlastenfrei zu halten“ seien. Die Cafeteria ist immer noch nicht fertig.

Der Investor habe so billig wie möglich gebaut und dabei die Leistungsbeschreibungen nicht eingehalten, beispielsweise bei der Wärmedämmung. Thermostaten seien nicht zentral regulierbar. Die Folgen, z.B. 30% höhere Heizkosten trage aber 20 Jahre lang die Stadt (und das bei einer grünen Dezerentin).

In den Toiletten brenne das Licht teilweise bis Mitternacht, Wasserhähne seien undicht, Stopper suche man vergeblich: alles billig für den Investor, aber teuer in den Folgekosten, die bei der Stadt verbleiben.

Es gebe keine Diebstahlssicherung für PC, Decken-Beamer seien nicht vorhanden gewesen und mussten nachträglich für teures Geld auf Kosten der Stadt nachgeliefert werden, ebenso die Tafeln, was über 200.000 € gekostet habe. Die Klassenräume seien übrigens rund 10% kleiner als vereinbart.

Das Problem der Schlüssel-(anlage) sei seit Beginn ungelöst. Lehrkräfte bekämen in der Tiefgarage keine Stellplätze, weil das betreibende Unternehmen damit Geld verdienen wolle. Für die bis 22 Uhr unterrichtenden Lehrkräfte ist der Verweis auf öffentliche Verkehrsmittel da keine Erleichterung.

Schulische Baustandards, wie sie inzwischen üblich sind, seien nicht eingehalten worden: weder der IT-Plan der Stadt in Bezug auf die Verkabelungen noch die Geräuschdämmung zur Sonnemannstraße oder die für Schulen völlig ungeeignete Heizkörperanbringung; fehlende Wegehinweise in der Schule mussten aus den Schuletats bezahlt werden. Viele Vorschläge der Schulen seien schlicht ignoriert worden. Bis heute gebe es keine Brandschutzabnahme.

Dass der Investor gebaut hat und nicht die Stadt, könnte für die Nichteinhaltung der Schulbaustandards begünstigend gewirkt haben.

Man hätte diese Probleme spätestens bei der Abnahme der

Gebäude feststellen können, doch da durften die Vertreter der Schulen nicht dabei sein, wie ihnen ja überhaupt der Kontakt zu den Architekten nicht direkt, sondern nur über die Firma Drees und Sommer gestattet war.

Dazu muss man wissen, dass Drees senior Begründer des Instituts für Baubetriebslehre an der Universität Stuttgart war, das heute von Prof. Berner geleitet wird, der gleichzeitig einer der Geschäftsführer der Firma Müller-Altwater GmbH und Co KG ist und Beschäftigte dieser Firma auch als Lehrbeauftragte in seinem Institut beschäftigt.

An der Abnahme der Gebäude waren nur die Kämmerei, das Stadtschulamt und das Unternehmen Drees und Sommer beteiligt, nicht die Fachleute des Stadtplanungsamts; die geforderte Teilnahme der Schulen wurde explizit abgelehnt. Die Schulen hatten keine Einsicht in die Verträge. Heute ist klar warum.

Denn immer noch konnten auch Stadtverordnete den Ordner mit den Bauabnahmeprotokollen nicht zu Gesicht bekommen. Wo bleibt hier die demokratische Kontrolle gewählter Volksvertreter?

### So wird die Demokratie schrittweise abgeschafft

Von der Linksfraktion wurde Kämmerer Hemzal (CDU) aufgefordert, den Stadtverordneten den Revisionsbericht bis 20.6.2006 zur Verfügung zu stellen.

Einem Stadtverordneten, der Einsicht in die Verträge nehmen wollte, wurde zwar ein Teil der Verträge vorgelegt, nicht aber die wesentlichen Anlagen. Denn der Vertrag verweist in allen entscheidenden Punkten auf Einzelverträge und Anlagen, die aber bisher unter Verschluss gehalten werden. Die auch von der SPD geforderte vollständige Akteneinsicht ist somit bis zum heutigen Tag nicht gewährt und wird von der Stadtregierung aus CDU und Grünen mit dem Hinweis auf die Geltung des Privatrechts abgelehnt.

Damit wäre aber die kommunale Demokratie schon vom Grundsatz her aus den Angeln gehoben!

### Falsche Zahlen für den Bau

Schon für den Bauantrag des Investors gab es vor dem Bau des Bildungszentrums Ostend keine Einsicht für die späteren Nutzer, d.h. die Bildungseinrichtungen. Mit erheblichen Folgen: Es wurden über 1.300 Schüler zu wenig veranschlagt mit all den Folgen wie z.B. zu enge Flure, Brandschutz usw. Wiederum billig für den Investor, aber teuer in der Folge.

Ausführlich diskutiert und zunehmend verärgert wurde von den TeilnehmerInnen zur Kenntnis genommen, wie durch die PPP-Projekt nicht nur die Unwahrheit erzählt, sondern auch wie der Staat regelrecht ausgenommen und die demokratische Selbstverwaltung ausgehebelt wird.

Rügemer wies darauf hin, dass dies systematisch geschehe. Der Staat erlaube der Privatwirtschaft zunehmend, das Ruder zu übernehmen und privatrechtliche Normen das öffentliche Recht zu verdrängen. Dabei gingen Staatsvertreter sogar über selbst gesetztes Recht hinweg.

Herbert Storn

## „Tatort Privatisierung“

Der alternative Stadtpaziergang vom „Frankfurter Bürgerbündnis gegen Privatisierung“ am 19. Mai führte zu den Stationen McKinsey, Theater, Römer-Kantine, Gesundheitsamt, Technisches Rathaus, U-Bahn-Station Römer und sollte an konkreten Beispielen die Fragen beantworten:

- Wer sind die Betreiber und Profiteure von Privatisierungen?
- Welche Auswirkungen hat die Enteignung von kommunalem Eigentum auf die BürgerInnen?
- Wie können öffentliche Aufgaben in der Hand der Kommune erhalten werden?

Zu Beginn des Rundgangs erkundigten sich die Kollegen von der Polizei, ob eine Besetzung des McKinsey-Büros am Taunustor 2 zu befürchten sei. Tatsächlich wartete dort ein weiterer Polizeibus auf die Spaziergänger und sicherte den Eingang zum Hochhaus.

Marianne Friemel (Geschäftsführerin des GEW-Bezirksverbandes) beschränkte sich jedoch auf die Macht des Wortes und stellte die bildungspolitischen Positionen dieser Unternehmensberatung vor, die sich als Vorreiter für Arbeitsplatzabbau einen Namen gemacht hat und vom Stadtschulamt zum Coaching von vier Frankfurter Schulen eingespannt wurde. Der McKinsey Chefideologe J. Kluge verlangt u.a. die Schließung von „nicht erfolgreichen“ Schulen, die Stärkung von Schulleitern bei Personalmaßnahmen (im Klartext: die Ausschaltung von Personalräten), die Einführung von Studiengebühren, ...

So aktuell diese Forderungen auch sind: es wäre eine Überschätzung dieses Konzerns, wenn man ihm die alleinige Verantwortung für die Grausamkeiten der hessischen Landesregierung unterstellen wollte.

Auch bei der Römer-Kantine ging es um den Einfluss von Global Playern auf den Bildungsbereich: ein Vertreter der Elterninitiative „Kinderessen e.V.“ berichtete von den Erfahrungen mit dem Konzern Sodexo, der nach der Privatisierung der städtischen Küchenbetriebe einen lukrativen Vertrag mit dem Stadtschulamt abschloss, die Kindertagesstätten beliefert und auch bei einigen Frankfurter Schulen satte Profite abkassiert.

Der Verkauf von Sozialwohnungen (z.B. Münzgasse) wurde als Ergebnis einer völlig verfehlten Steuerpolitik angeprangert, die die Verarmung der Kommune betreibt – beispielsweise durch die Senkung der Gewerbesteuer in der Höhe von 8 Millionen Euro jährlich.

Die Stadtführer beschrieben nicht nur die negativen Auswirkungen von Privatisierungen, sondern auch den Widerstand dagegen, beispielsweise der KollegInnen bei den Städtischen Bühnen und in den Städtischen Kliniken in Höchst sowie die erfolgreiche Kampagne gegen das U-Bahn „Cross-Boarder Leasing“.

### Anmerkungen:

Im „Bürgerbündnis gegen Privatisierung“ kooperieren Mitglieder von GEW, IG-Metall, ver.di, attac, Bürgerverein Griesheim, Linkspartei/WASG, SPD. Der Stadtrundgang kann auf Anfrage auch für Schulklassen angeboten werden: Angelika Wahl: 069-774583, rechwahl@onlinehome.de